

**Peter Simon**

Mitglied des Europäischen Parlaments

60, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel: +32 2 28 47558

Fax: +32 2 28 49558

E-Mail: peter.simon@europarl.europa.eu



EP/ Einlagensicherung/ Sparerschutz

Straßburg, 16.02.2012

**Peter SIMON:**

**"Sparerschutz auf Sparflamme ist mit uns nicht zu machen!"**

**Europäisches Parlament macht Druck beim Schutz von Girokonten und Sparbüchern**

"Die Botschaft ist klar und unmissverständlich: Mit dem Europäischen Parlament gibt es keinen Sparerschutz-light, wo der Steuerzahler am Ende wieder mal der Dumme ist", unterstrich der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** nach dem überwältigenden Abstimmungsergebnis für seinen Vorschlag zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme im Plenum des Europäischen Parlaments. "Mit ihrer monatelangen Verschleppungstaktik haben die Mitgliedstaaten verhindert, dass die Kunden möglichst bald europaweit auf ein wirkungsvolles Sicherungsnetz zurückgreifen können. Statt als Lehre aus der Krise ein Zeichen zu setzen, wurden nur Kompromisse präsentiert, die auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler gehen würden. Das war und ist nicht hinnehmbar", so der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments weiter.

Unakzeptabel für **Peter SIMON** sind vor allem die unzureichende Ausstattung des Krisenfonds und die zu langen Auszahlungsfristen bei einer Bankenpleite. Während die Parlamentarier eine finanzielle Ausstattung des Krisenfonds in Höhe von 1,5 Prozent der gedeckten Einlagen fordern, wollen die Mitgliedstaaten den Fonds lediglich mit 0,5 Prozent ausstatten und damit nur mit einem Drittel der vom Europäischen Parlament vorgesehenen Stabilität. Auch bei der Frist für die Entschädigung der Sparer bei Bankenpleite halten sie an der bereits bestehenden Regelung von 20 Werktagen fest. Die Abgeordneten folgten stattdessen der Forderung **Peter SIMONS**, dass der Kunde im Falle einer Insolvenz seiner Bank so schnell wie möglich seine Einlagen ausgezahlt bekommt. Ab 2017 soll er sein Geld deshalb innerhalb von fünf Werktagen bekommen. Aber bereits unmittelbar nach Inkrafttreten der Vorschriften muss zumindest eine Vorabzahlung von bis zu 5000 Euro in einer Woche gewährleistet sein. „Es kann nicht angehen, dass ein Kunde bis zu vier Wochen ohne Geld auskommen muss, nur weil seine Bank Pleite geht. Das ist unzumutbar und nicht nachvollziehbar!“, stellte **Peter SIMON** klar. Fraktionsübergreifende Zustimmung gab es auch für seinen Vorschlag, dass flexible Lösungen den unterschiedlichen bereits bestehenden und bewährten nationalen Sicherungssystemen und Bankenmärkten in angemessener Form Rechnung tragen. Damit kann in Deutschland die bewährte Institutssicherung der Sparkassen und der Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin die Kunden umfänglich schützen. Diese war durch den ursprünglichen Richtlinienentwurf der Kommission in Gefahr.

In den zukünftigen Verhandlungen wird der für das Europäische Parlament federführend Verantwortliche weiterhin für einen Sparerschutz kämpfen, der diesen Namen auch verdient. "Die Sparer in Europa haben ein Anrecht auf ein solides Sicherungssystem, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist und klar den Kunden in den Mittelpunkt stellt. Jetzt liegt es an den Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament in den weiteren Verhandlungen entsprechend entgegenzukommen. Andernfalls werden wir nicht zögern, allen Sparerinnen und Sparern Ross und Reiter zu benennen und deutlich herausstellen, wer einem wirkungsvollen Sparerschutz entgegensteht“, so **Peter SIMON** abschließend.

*Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, Tel. 0033 3 881 77558*

Peter Simon, MdEP

12 G 146, 60, Rue Wiertz, B- 1047 Brüssel

Tel.: +32 2 28 47558, Fax: +32 2 28 49558, E-Mail: peter.simon@europarl.europa.eu

PRESSMITTEILUNG